



Jugendkongress 2000

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 12.12.2000

Ltg.-**551/E-1/19-2000**

Punkt I - **V**-Ausschuss

Punkt II - **Ku**-Ausschuss

Punkt III - **Sch**-Ausschuss

Punkt IV - **Sch**-Ausschuss

Forderungen des Jugendkongresses vom 5. Dezember 2000 an den Landtag von Niederösterreich

Die Teilnehmer des NÖ Jugendkongresses 2000 haben sich in den Arbeitskreisen mit den nachfolgenden Themen auseinander gesetzt und nach Beratungen im Plenum beschlossen:

I. Jugend und Demokratie

Jugendschutzgesetz, Wahlalter, Drogenproblematik

1. Jugendschutzgesetz

- Landesjugendschutzgesetzgebungen sollen - so weit als möglich - bundeseinheitlich koordiniert werden.
- Aufnahme der Informationspflicht von jungen Leuten und Erwachsenen im Jugendschutzgesetz.
- Abgabe einer Empfehlung seitens des Landes NÖ an die Gemeinden, eine für Jugendarbeit zuständige Person in der Gemeinde namhaft zu machen bzw. einen Jugendgemeinderat zu installieren und bei allen Projekten, die Jugendliche betreffen, mit der „Kommunalen Jugend-Informations-Stelle“ in St.Pölten zusammen zu arbeiten.

2. Drogenproblematik

- Objektive Aufklärung von Jugendlichen und Erwachsenen über alle Drogen.

II. Jugendkultur

Europa, Freizeit behinderter Jugendlicher

- Informationsfluss Kultur: Die Angebote sind zu hauptstadtorientiert, Infoblätter sind eher für Insider und nicht allgemein - Kultur kommt darin wenig vor.
- Theaterveranstaltungen sollten der heutigen Zeit angepassten, aktuellen Themen entsprechen; Mitmachtheater
- Forderung von mehr Mobilität zu und von Veranstaltungen durch billige Transportbusse, Shuttlebusse.
- Es herrscht schweres Defizit bei Informationen über Europa. Jugendreferat ist schon auf der Überholspur: Jugendinfo St. Pölten: funktionierende Hotline
- Es sollen von den Gemeinden Jugendräume zur Verfügung gestellt werden, die die Jugendlichen selbst verwalten können, selbst Regeln aufstellen und selbst gestalten können.
- Gemeindejugendreferenten sollten für spezifisch ausgerichtete Jugendthemen ausgebildet werden, um so in der Gemeinde möglichst viele organisatorische Aufgaben übernehmen zu können.
- Es wäre sinnvoll, so viele Kulturveranstaltungen als möglich im eigenen Ort zu haben.
- Mehr kulturelle Veranstaltungen, weg von den Zentren, in kleinere Orte bringen. Kulturelle Themen, jugendadäquate Umsetzung, jugendgerechte Eintrittspreise!
- Informationsfluss über Jugendveranstaltungen generell verbessern. Kulturvernetzung in den einzelnen Vierteln herstellen. Öffentlich zugängliche Internetplätze schaffen
- Workshops, Weiterbildung, Seminare vor Ort auf zwei Ebenen für die Gemeindejugendreferenten und die Organisatoren innerhalb der einzelnen Jugendgruppen mit Inhalt, z.B. Organisation von Veranstaltungen abzuhalten.
- Tage der offenen Tür veranstalten, Vernetzung der Jugendgruppen miteinander.

III. Internet/neue Medien

1. Infrastruktur für jede Schule außer Volksschulen

- 1 Computer (mittlerer Leistungsklasse) je 4 - 5 Schüler, abhängig vom Schultyp, entsprechende Organisation damit die Computer auch außerhalb des Unterrichts für die Schüler zugänglich sind.
- Netzwerk in jeder Schule mit ausreichender Bandbreite bei Internetzugang, damit Internetnutzung mit „vernünftiger“ Geschwindigkeit von allen Arbeitsplätzen möglich ist.
- zur Verfügungstellung von entsprechendem Betreuungspersonal entsprechend der Netzwerkgröße (mehrere für eine Schule oder einer für mehrere Schulen)
- Internet, E-Mail und Speicherplatz am Netzwerk für jeden Schüler
- Vernetzung der Schulen untereinander
- nach Möglichkeit ergonomische Ausstattung der EDV-Arbeitsplätze
- Schule sollte ein PC unterstütztes Lexikon zur Verfügung haben.
- Zentrale Ausschreibung der EDV-Ausstattung der Schulen durch den Landesschulrat unter der Nutzung der Möglichkeiten des Private Public Partnership.

2. Inhalte

- **neues Unterrichtsfach** „Computer und Internet-Anwendung (CIA)“ statt Informatik als Pflichtfach ab der 1. Schulstufe der HS oder AHS.
 - Dieses Fach dient nicht zur Ausbildung in den Computersprachen sondern zur Ausbildung in den neuen Kulturtechniken Internet, Textverarbeitung und Tabellenkalkulation (Office-Pakete).
 - Historische und rechtliche Hintergründe sollen einen weiteren Schwerpunkt darstellen. Die Zielsetzung der Ausbildung ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Medium sowie Hinweis auf mögliche Gefahren (Manipulation, Datenschutz, Internetsucht).
 - Auch in den Oberstufen soll in allen Schultypen, in denen es nicht ohnehin eine Schwerpunktausbildung im Computerbereich gibt, dieses Fach als Pflichtfach angeboten werden.

- **fächerübergreifender Unterricht:** Der Umgang mit dem Internet soll insbesondere im Deutschunterricht im Kernstoff verankert werden (z.B. Recherchen, Vergleiche) sowie in den anderen Fächern als Erweiterungstoff vorgesehen werden.
- **Schülerportal:** Der Landesschulrat soll ein zentrales Schülerportal mit folgenden Inhalten schaffen:
 - Links zu seriösen Informationen, Inhalte die für Unterrichtsfächer relevant sind (Englisch, Deutsch, Geschichte, Religion)
 - thematisch dazu passende Werbung zwecks Finanzierung (Sprachkurse, Auslandsaufenthalte)
 - Schülerforen (moderierte Chats, ...)
 - Ein Schülerbeirat, der von den Schulsprechern gewählt wird, ist für die Inhalte verantwortlich.
 - Wichtige Informationen über z.B. Auslandsaufenthalte, Schulwochen, Projektwochen, Schüleraustausch, e-learning, ...
- zusätzliche Freifächer zur Ausbildung in aktuellen technischen Entwicklungen (LINUX, JAVA), realisiert durch die Erhöhung der Werteinheiten; schulübergreifende Freifächer.

3. Lehrerbildung

- Schüler lehren Lehrer
- Lehrer schulen Lehrer in Form von Workshops und Seminaren (z.B. Netzwerkadministration).
- Die zusätzliche, sehr qualifizierte Tätigkeit als Netzwerkadministrator oder EDV-Kraft aller Art ist entsprechend abzugelten (z.B. Absetzstunden, Zulagen).
- verpflichtende Zertifizierung für Netzwerkadministrator und EDV-Kräfte aller Art je nach Schultyp

IV. Schule und Lehrausbildung

1. Äußere Schulorganisation

Autonomie der Oberstufe in AHS:

Mitsprache der Schüler

Mehr Wahlfreiheit bei Setzung von Schwerpunkten

- Modulsystem

Zulassung kleinerer Gruppen im ländlichen Raum

2. Berufsreifeprüfung

Verstärkte Förderung der Berufsreifeprüfung:

Information

Vorbereitungskurse

finanzielle Unterstützung

3. Innere Schulorganisation

Senkung der Klassensschülerhöchstzahl 25/30

Berufsorientierung: Oberstufe

Politische Bildung: 4. Klasse verpflichtend

Oberstufe integrativ

stärkerer Praxisbezug: Lehrausgänge, Exkursionen,

Experten in Schule

4. Schuldemokratie

Recht auf Schülervollversammlung: 5 Stunden/Semester

Impulssetzung auf Direktwahl der Landesschülervertretung

Objektivierung der Direktorenbestellung

Mitbestimmung des SGA – Vetorecht bei einstimmigen Votum des SGA

bei Direktorenbestellung

Fragerecht der SGA – Mitglieder im Hearing der Bewerber um Schulleiterstelle

Streikrecht bei Beschluss der LSV

5. Qualitätssicherung

verpflichtendes Lehrerfeedback auf Wunsch der Klassen

verpflichtende Lehrerfortbildung

verpflichtende jährliche, staatlich geförderte Sprachwoche im Ausland in der Oberstufe

6. Persönlichkeitsbildung

Ethik als alternatives Pflichtfach zum Religionsunterricht

stärkere Team- und Projektorientierung

Projektmanagement, Präsentationstechnik

Rhetorik, Kommunikation

Ausbau des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Lehrer/Schüler

7. gegen Schul- und Studiengebühren